

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh-gruene.de

Nr. 172.05 / 04.07.2005

Kühe sollen wieder Gras fressen!

Zur angekündigten Wende in der schleswig-holsteinischen Agrarpolitik erklären:

Karl-Martin Hentschel, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und agrarpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bernd Voß, konventioneller Landwirt aus Nortorf, Kreis Steinburg, stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Anke Wille, Landwirtin auf einem Milchviehbetrieb mit ausschließlich Grünland in der Wilstermarsch

Redlef Volquardsen, ökologisch arbeitender Grünlandwirt und Milchschafter aus Tenbüll auf Eiderstedt

Karl-Martin Hentschel:“ Die alte Agrarpolitik der EU hat dazu geführt, dass die arbeitsintensiven Großbetriebe die höchsten Subventionen empfangen. Die Subventionen pro Arbeitskraft schwanken von 120.000 Euro pro Arbeitskraft auf den Gütern der Queen bis zu gerade mal 1000 Euro für klassische Milchbauern. Solche Subventionen sind gesellschaftlich nicht akzeptabel.“

„Ziel der grünen Agrarpolitik ist dagegen, dass nicht mehr die Produktionsmenge subventioniert wird, sondern die bewirtschaftete Fläche, die Arbeitsleistung und die Erhaltung von Landschaft und Natur. Dann wird es sich für die Landwirte auch wieder lohnen, Kühe auf der Weide zu halten, anstatt sie im Stall mit hoch subventioniertem Mais zu füttern!“

„Die rot-grüne Landesregierung hatte erste Schritte in diese Richtung getan. Die nun von der CDU in Schleswig-Holstein geplante Rückwende in der Agrarpolitik würde nicht nur das Aus für viele ökologisch wirtschaftende Betriebe bedeuten, sie bedeutet auch eine massive Verschlechterung für die Graslandwirtschaft, die in Schleswig-Holstein auf 40 Prozent der Flächen betrieben wird.“

„Wir befürchten, dass Tausende von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum bei den arbeitsintensiven Milchviehbetrieben und beim ländlichen Handwerk vernichtet werden. Regional wird davon besonders die Westküste betroffen sein.“

Nach den bisherigen Äußerungen von Kabinettsmitgliedern ist mit folgenden Änderungen in der Agrarpolitik zu rechnen:

1. Aufhebung der Grünlandverordnung. Dies hätte die Folge, dass die Grünlandbetriebe auf ein Drittel ihrer Prämien verzichten müssen (siehe unten).
2. Umwidmung von Teilen der von Rot-Grün eingeführten bzw. erhöhten Abgaben auf Grundwasser und Oberflächenwasser: Die CDU wollte diese Abgaben immer abschaffen! Nun werden sie zwar nicht abgeschafft, sollen aber nicht mehr für Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes und Umweltschutzes, sondern zur Deckung des allgemeinen Haushaltes eingesetzt werden. Damit würde die für landwirtschaftliche Flächen in NATURA 2000-Gebieten versprochene Ausgleichszahlung von 77 Euro/ha ganz oder teilweise entfallen.
3. Zugleich würden damit Vertragsnaturschutzprogramme wegfallen, obwohl die CDU immer versprochen hat, vermehrt auf Vertragsnaturschutz zu setzen.
4. Streichung oder Kürzung der Beibehaltungsprämie für ökologisch wirtschaftende Landwirte.

Die Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert deshalb,

- keine Verschlechterung der Situation der Grünlandbauern vorzunehmen, da diese nach der heutigen Agrarordnung sowieso die geringste Förderung von allen Landwirten bekommen;
- keine Streichung der versprochenen Ausgleichszahlungen für NATURA 2000-Gebiete und Weiterentwicklung des Vertragsnaturschutzes unter wissenschaftlicher Begleitung, um diesen noch stärker auf die regionalen Besonderheiten abzustimmen. Dadurch kann sowohl die Akzeptanz der Bäuerinnen und Bauern erhöht als auch die Effekte für den Naturschutz optimiert werden;
- keine Kürzung der Beibehaltungsprämie für ökologisch wirtschaftende Betriebe, da dies eine Schlechterstellung der schleswig-holsteinischen Betriebe und in Folge die Aufgabe zahlreicher Ökobetriebe bedeuten würde
- Eintreten der Landesregierung in der Agrarministerkonferenz und gegenüber der EU bei den bevorstehenden Verhandlungen über eine neue Agrarpolitik für ein Prämiensystem, das nur noch folgende Faktoren berücksichtigt:
 - die bewirtschaftete Fläche,
 - die Zahl der Arbeitsplätze,
 - die besonderen Leistungen für die Allgemeinheit (z. B. Natur- und Landschaftsschutz, ökologische Bewirtschaftung, artgerechte Tierhaltung).

Zur Grünlandbewirtschaftung:

In der Grünlandverordnung (genau: Landesverordnung zur Bestimmung des Wertverhältnisses für Dauergrünland im Rahmen der Agrarpolitik der Europäischen Union) hat der vorige Landwirtschaftsminister geregelt, dass die Prämien pro Hektar auf Ackerland von durchschnittlich 320 auf 300 Euro gesenkt werden, die Prämien auf Grünland von 80 Euro auf 120 Euro angehoben werden. Damit wurde ein erster Schritt in Richtung mehr Gerechtigkeit getan.

Mit den Beschlüssen von Luxemburg zur EU-Agrarreform wird langfristig bis 2013 der Übergang von der Produktionssubvention zur Flächen- und Leistungssubvention beschritten. Der schrittweise Übergang findet aber erst in den Jahren von 2010 bis 2013 statt.

Deutschland hat aber die Möglichkeit wahrgenommen, die Angleichung der Prämien schrittweise vorzuziehen. Die Grünlandverordnung hat dies für Schleswig-Holstein umgesetzt.

Für Schleswig-Holstein hat diese Änderung eine besondere Bedeutung, denn Schleswig-Holstein hat historisch die höchsten Ackerprämien. Es hat aber auch naturbedingt den höchsten Grünlandanteil aller Bundesländer. Somit finden wir hier besonders viele Milchviehbetriebe mit ausschließlichem oder sehr hohem Anteil an Grünland. Gerade diese Milchviehbetriebe stellen mit zirka 60 Prozent die Mehrzahl der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft.

Durch die Grünlandverordnung wurde erstmals erreicht, dass die Grünlandbetriebe überhaupt nennenswerte Direktzahlungen bekommen und so die bisherige Wettbewerbsbenachteiligung dieser Standorte reduziert wird.

Anke Wille, Landwirtin auf einem Milchviehbetrieb mit ausschließlich Grünland in der Wilstermarsch, erläutert: Mit der Umsetzung der Agrarreform in Deutschland fließen erstmals auch Direktzahlungen auf ihren Betrieb. Den Wettbewerbsnachteil des Grases gegenüber einer Milcherzeugung auf Ackerland mit Mais macht sie an folgender Zahlen deutlich: Seit 1992 gibt es Direktzahlungen auf Ackerland. Würde sie auf ihrem Betrieb Ackerbau statt Grünlandwirtschaft betreiben, dann hätte sie seitdem zusätzliche Prämienzahlungen von über 250.000 Euro bekommen.

Anke Wille: „Mit der Grünlandverordnung der alten Regierung würden zirka 2800 Euro mehr auf unserem Grünlandbetrieb ankommen. Das baut unsere Wettbewerbsbenachteiligung zwar nur ein wenig ab, aber es gibt auch Selbstbewusstsein, wenn unsere Probleme von der Politik erkannt und Lösungswege wahrgenommen werden.“ Die Rückwende der CDU würde bedeuten, dass wir nur knapp 80 Euro/ha anstatt 120 Euro/ha bekommen. Wären die 70 ha Ackerland, würden wir 15.400 Euro pro Jahr mehr an Prämien erhalten.

„Die derzeitig noch gültige Grünlandverordnung der alten Regierung wird somit der ökonomischen und ökologischen Bedeutung des Grünlandes für die Wirtschaft Schleswig-Holsteins und für viele landwirtschaftliche Betriebe und ihre Arbeitsplätze gerecht.“

„Die übergroße Mehrzahl der schleswig-holsteinischen Betriebe war Gewinner der Verordnung der rot-grünen Landesregierung. Verlierer dieses Beschlusses des Carstensen-Kabinetts ist gerade die Westküste.“

Die regionale Bedeutung dieser Änderung erläutert **Bernd Voß** von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft: „Während im Kreis Pinneberg das Weniger an regionalen Prämienvolumen noch moderate 0,5 Mio. Euro pro Jahr ausmacht, sind es im von Arbeitslosigkeit und Strukturproblemen stark gebeutelten Kreis Steinburg um 1,2 Mio. Euro pro Jahr. In Dithmarschen ist die Summe gleichhoch, im Kreis Nordfriesland sinken die Einnahmen sogar um fast 3 Mio. Euro. Das sind Geld und Umsätze, die gerade auch dem regionalen Handwerk und Handel fehlen werden.“

Obwohl selber auch Mitglied im Bauernverband fügt **Bernd Voß** hinzu: „Hier werden die Vorstellungen der Spitze des Landesbauernverbandes 1:1 von der Landesregierung umgesetzt. Das ist schlecht für die ländliche Wirtschaftsentwicklung in unserem Land. Wenn Bauernpräsident und Nordfriese Steensen gerne von der neuen Macht des Grünen Kreml (Geschäftsstelle des Landesbauernverbandes) in Rendsburg spricht, sollte auch mal daran erinnert werden, wie viele unsinnige Entscheidungen in diesem Machtzentrum gefällt wurden.“

„Viele politische Gruppierungen und Organisationen sprechen sich seit Jahren mit Nachdruck dafür aus, die Bewirtschaftung von Grünland im Rahmen der agrarpolitischen Instrumente zu stärken.“

Zum Ökolandbau und Vertragsnaturschutz:

Sollten die Überlegungen der Landesregierung - die Beibehaltungshilfe für die nach den Richtlinien des Ökolandbaus wirtschaftenden Betriebe von derzeit 160 EURO/ha wegfallen zu lassen oder zu kürzen - umgesetzt werden, dann wäre das ein schwerer Rückschlag für diesen besonders innovativen Bereich der Landwirtschaft. Die Zahlungen sind einfach begründet in der über die normale Marktleistung hinaus gehende öffentliche Leistung der Ökoproduktion für Umwelt, Biodiversität und Ernährung.

Redlef Volquardsen, Grünlandwirt und Milchschafter aus Tetenbüll auf Eiderstedt, hat seinen Betrieb auf Ökolandbau umgestellt. Er rechnet vor, dass ihm auf seinem 70-ha-Betrieb so jährlich über 11.000 Euro Ökoförderung fehlen werden. Wenn Schleswig-Holstein als einziges Land diese Förderung streichen würde, sieht er zusätzlich eine dramatische Wettbewerbsbenachteiligung gegenüber Betrieben in anderen Bundesländern.

„Eine solche Politik wird zahlreiche Ökobetriebe in Schleswig-Holstein in die Rückumstellung oder Aufgabe treiben. Dabei zeigen die Untersuchungen über Existenzgründungen im ländlichen Raum, dass die überwiegende Mehrzahl der neuen Existenzen in der Landwirtschaft und der handwerklichen Lebensmittelverarbeitung und in der Vermarktung Biobetriebe sind. Hier gibt es einen Motor für ländliche Wirtschaftsentwicklung.“

Auch der Betrieb Volquardsen ist eine Betriebsneugründung.

Bäuerinnen und Bauern in NATURA 2000-Regionen wie Eiderstedt treibt noch eine andere Sorge um. Nach den unendlichen symbolbeladenen Diskussionen um die Ausweisung von NATURA 2000-Gebieten haben sich viele Grünlandwirte in der Bewirtschaftung entsprechend eingerichtet. Eingeplant sind dafür aber auch die 77 Euro/ha Grundaussgleichszahlung in NATURA-2000-Gebieten.

„Die inzwischen große, standortangepasste Vielfalt der Naturschutzprogramme im Agrarbereich, deren Anfänge noch aus der Zeit der CDU-Landwirtschaftsminister vor 1988

stammen, scheint durch die Haushaltspläne der Landesregierung gefährdet. Rolle rückwärts gleich um Jahrzehnte“, merkt **Karl-Martin Hentschel** an.

Zur Diskussion um die neue Agrarpolitik in der EU:

Bernd Voß, zugleich Mitglied im Europäischem Wirtschafts- und Sozialausschuss, erläutert: „Die europaweite Diskussionen um die finanzielle Vorausschau der EU macht bei 5 Mio. Arbeitslosen in Deutschland und 20 Mio. in Europa deutlich, dass nach der Arbeitsmarktwirkung bei der Verteilung der Ausgleichszahlungen gefragt werden muss. Das Konzept der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, die Zahlungen in Zukunft an das Vorhandensein von Arbeitsplätzen in den Betrieben zu binden, und so einen wirtschaftlich innovativen ländlichen Raum zu fördern, findet erneut in Vorschlägen, die in Brüssel diskutiert werden, seine Bestätigung.“

„Wenn der Agrarhaushalt der EU 40 Prozent des Haushaltes ausmacht, dann ist das natürlich ein Grund dafür, dass er der Einzige voll integrierte Politikbereich Europas ist. Aber jährliche Direktzahlungen, die von 120.000 Euro pro Arbeitskraft bis hin zu teilweise gerade mal 1000 Euro schwanken, sind gesellschaftlich nicht vertretbar.“

„Ohne plausible Alternativen wird in der bevorstehenden Reform der EU den Agrarindustrielobbyisten wie Chirac einerseits, und einem populistischen Freihändler wie Blair andererseits das Feld überlassen. Tony Blair hat keine Alternative zu bieten: Noch bei der Zwischenbewertung der EU-Agrarreform im Jahr 2003 war Blair Seite an Seite mit Frankreich aktiver Gegner der Reformen, um der Königin, seinen Lords und Prinzen die hohen Zahlungen für ihre riesigen arbeitsextensiven Güter zu sichern.“

„Das macht es um so nötiger, akzeptable Alternativen für die Landwirtschaftspolitik zu formulieren.“
